

Keine Fortschritte beim Ausbau des Radwegenetzes im Main-Kinzig-Kreis

Die Freien Wähler Main-Kinzig hatten bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2020/21 am 13. Dez. 2019 den Antrag eingebracht Gelder in Höhe von 1,7 Mio. EUR für den Ausbau des Radwegenetzes im Main-Kinzig-Kreis bereitzustellen. Diese Forderung basierte auf der Grundlage des im Juni 2019 vorgelegten Radverkehrskonzeptes Kreisstraßen Main-Kinzig des Planungsbüros Radverkehr-Konzept (RV-K). Das beauftragte Fachbüro hatte den Bestand an straßenbegleitenden Radwegen an den Kreisstraßen erfasst, bewertet sowie den Bedarf für Qualitätsverbesserungen ermittelt. Insgesamt wurden alle 90 Kreisstraßen bzw. Kreisstraßenstreckenabschnitte, an denen keine straßenbegleitenden Radwege vorhanden sind, untersucht. Dabei wurde für alle Radwegebauprojekte eine Priorisierung in vier Prioritätsklassen von A bis D durchgeführt, wobei A der höchsten und D der niedrigsten Kategorie entspricht. Maßnahmen der Kategorie D wurden dabei nicht für eine Umsetzung empfohlen. Die geprüften und für eine Umsetzung empfohlenen Maßnahmen der Prioritätsklassen A-C umfassten insgesamt ein Investitionsvolumen von etwa 21 Millionen EUR. Die Maßnahmen der Priorität A von insgesamt 7,5 Kilometer Neu- und Ausbau von Radwegen ergaben Gesamtkosten in Höhe von 1,7 Mio. EUR. „Mit der Ablehnung unseres Antrages wurde die Chance vertan, schon im Jahr 2020 mit den Planungen für den Ausbau von Radwegen entlang von Kreisstraßen zu beginnen“, so Fraktionsvorsitzender Carsten Kauck aus Birstein. „Damit dann auch erste Radwegeprojekte 2020 bzw. 2021 im Main-Kinzig-Kreis auf den Weg hätten gebracht werden können wäre es notwendig gewesen ein eigenes Budget bereitzustellen“, ergänzt Kreisbeigeordneter Heinz Breitenbach aus Linsengericht. Die Freien Wähler sehen deshalb bei der Großen Koalition im Main-Kinzig-Kreis den Willen zu einem Umdenken in der Verkehrspolitik noch in weiter Ferne.

Die von Bund und Land zur Verfügung stehenden Finanzmittel können nicht in den Main-Kinzig-Kreis fließen, da die Radwegeprojekte die umgesetzt werden sollen noch nicht festgelegt sind. Ein fahrradfreundlicher Landkreis ist somit noch nicht in Sicht. Die in die Zukunft gerichteten wichtigen Entscheidungen dauern im Main-Kinzig-Kreis doch etwas länger. „Wir werden für die anstehenden Haushaltsberatungen 2022 jedoch frühzeitig einen entsprechenden Antrag formulieren, mit der Zielsetzung, dass die Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 43,9 Mio. Euro, die über das Land Hessen weitergereicht werden, teilweise auch im Main-Kinzig-Kreis ankommen können“ so Matthias Pfeifer Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss des Main-Kinzig-Kreises aus Hasselroth.



von links:

Heinz Breitenbach, Carsten Kauck,
Christiane Kapp, Sylke Schröder,
Matthias Pfeifer u. Joachim Lucas